

TOP Ic Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag - Aktuelle Fragen der ärztlichen Berufsausübung

Titel: Aufarbeitung der Corona-Pandemie - eine nationale Aufgabe

Beschlussantrag

Von: Prof. Dr. Johannes Buchmann als Abgeordneter der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Wilfried Schimanke als Abgeordneter der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Andreas Gibb als Abgeordneter der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Beate Krammer-Steiner als Abgeordnete der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
Anne Machka als Abgeordnete der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Evelin Pinnow als Abgeordnete der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern
Dr. Jens Placke als Mitglied des Vorstands der Bundesärztekammer

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE BESCHLIESSEN:

Der 127. Deutsche Ärztetag 2023 fordert die Bundesregierung auf, eine politisch unabhängige, interdisziplinär besetzte Kommission einzurichten, die die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das Gesundheitswesen, aber auch auf soziopsychologische Folgen der getroffenen Entscheidungen - insbesondere für Kinder und Jugendliche sowie für die besonders vulnerablen Gruppen wie Immungeschwächte, psychisch Erkrankte und (hoch-)betagte Menschen - untersuchen soll. Die Bundesärztekammer möge dort (z. B. auch durch den Ärztlichen Pandemierat der Bundesärztekammer) auf ärztlicher Seite, wie auch auf Seite der Medizinischen Fachangestellten (MFA's), mit dafür Sorge tragen, dass eine ausgewogene Mischung der Expertise gewahrt wird. Dabei soll die Aufarbeitung möglichst nicht von Vorurteilen oder persönlichen Meinungen in Bezug auf die Coronamaßnahmen geprägt sein. Die Ergebnisse sollten eine Richtschnur für (medizinische) Entscheidungen, aber auch für Krisenkommunikation und wissenschaftliche Begleitung zukünftiger Pandemien, sein.

Im Lichte der Pandemieerfahrungen sollte die Kommission insbesondere folgende Felder beleuchten:

- das Gesundheitssystem mit Blick auf die gesamte Versorgungspyramide - von der hausärztlichen Versorgung bis zur Spitzenmedizin, einschließlich der ambulanten und

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0

- stationären Pflege sowie des öffentlichen Gesundheitswesens
- das Bildungssystem von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule, auch unter Berücksichtigung sozialer und psychologischer Faktoren für erfolgreiche Bildung und Entwicklung
 - soziale Spannungen und psychische Belastungen der Menschen in unserem Land und die Verschärfung sozialer Ungleichheiten.

Darüber hinaus sollte die Kommission das Pandemiemanagement kritisch überprüfen. Dabei gilt es einerseits Rückschaufehler zu vermeiden, andererseits aber auch ex ante übersehenes Wissen zu identifizieren, Handlungsalternativen zu benennen, die Lernfortschritte der letzten drei Jahre zu integrieren und Vergleiche mit anderen Ländern heranzuziehen.

Folgende Grundsätze gilt es zu beachten:

- Transparenz, Evidenz und Effizienz von Entscheidungs- und Fehlerkorrekturprozessen
- das Zusammenspiel von Exekutive, Legislative und Judikative sowie Wissenschaft und Medien
- Qualität wissenschaftlicher Politikberatung (Breite der Expertise, Mechanismen der Beraterinnen- und Beraterauswahl, fachliche Verlässlichkeit, Interessenkonflikte, etc.)
- Organisation und Balance wissenschaftlicher Forschung, von sorgfältiger Datenerhebung und Modellierung über klinische Studien und nichtmedizinische Begleitforschung bis zu Impfmanagement und Pharmakovigilanz
- Kommunikation von staatlichen Behörden, wissenschaftlichen Institutionen und Medien, auch im Hinblick auf eine systematische Einordnung der Belastbarkeit wissenschaftlicher Evidenz.

Bei der Auswahl der (nicht nur ärztlichen) Expertinnen und Experten können und sollen folgende Maßstäbe gelten:

- Die Auswahl sollte möglichst entpersonalisiert und unabhängig von politischen Interessen aus einer systemischen Perspektive erfolgen.
- Interessenkonflikte aufgrund aktueller Beratertätigkeiten und anderer relevanter Funktionen sollten minimiert werden.
- Zur Vertrauensbildung ist ein hohes Maß an Transparenz und Öffentlichkeit des Verfahrens erforderlich.
- Erfahrungen der Menschen in unserem Land müssen in angemessener Weise in die Arbeit der Kommission einfließen.

Die Nachbereitung der Pandemie erfordert ebenfalls ein erhebliches, auch selbstkritisches Engagement der deutschen Ärzteschaft und der Wissenschaftsgemeinschaft. Wir Ärztinnen und Ärzte sind bereit, uns dem zu stellen und uns daran zu beteiligen.

Begründung:

Die Corona-Pandemie hat in unserem Land tiefe Spuren hinterlassen und eine unzureichende Krisenfestigkeit unserer Gesellschaft offenbart. Bislang bleibt die bisherige Reflexion über die Pandemie zu punktuell und zu sehr vom Streben nach politischer und medialer Meinungshoheit geprägt. Es bedarf einer geordneten und systematischen Aufarbeitung im Rahmen einer demokratischen Diskussionskultur, um das Vertrauen der Menschen in die medizinischen und wissenschaftlichen Institutionen zu stärken. Eine offene, kritische und konstruktive Aufarbeitung ist dabei ein unverzichtbarer Teil eines professionellen Krisenmanagements.